

1922, 1ten

titik-

6418, 3
ehrere
idung.

Reichsverein
Bocholt.

Donnerstag, 3. Dez., nachm.
10 Uhr im Bürgerhaus:
Konferenz der Reichsvereine
mit Vortrag des Reichs-
präsidenten. Der Vorstand.

W. V. 20

Donnerstag, den 2. Dez.,
abends im Vereins-
saal Langenloß:
Konferenz der Reichsvereine
mit Vortrag des Reichs-
präsidenten. Der Vorstand.

„All Heil“ 1893,
s. V.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Der Herbstausgang des
4. findet Sonntag,
3. Dez., vormittags
10 Uhr im Mülheimer
Hotel statt. Der Vorstand.

Wegenspreisen einschließlich Post- und Zustellungsgebühren
Nr. 200.— (Freiwillig). — Im Falle höherer Bewältigung
bezieht kein Anspruch auf Rückerstattung oder Nachzahlung
des Bezugspreises

Bocholter-Borkener

Volkssblatt

Rheider Volkszeitung

Unabhängiger Träger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern
und Mitgliedern des Kreises Bocholt. — Organ der Zentrumspartei.

Unholt-Melburger Zeitung

Nr. 282

Katholisch: Barbara

Montag, den 4. Dezember

Evangelisch: Barbara

1922

Sühneforderungen der Völkervereinigung.

Berlin, 2. Dez. Die Völkervereinigung hat an die Reichs-
regierung eine von Poincaré unterzeichnete Note gerichtet, in der
Sühne für die gegen Kontrollkommissionen der Entente gerichteten
Angriffe in Stettin, Passau und Ingolstadt gefordert wird. Die
Note, die an Schöfflichkeit und Schärfe des Ausdrucks kaum über-
boten werden kann, hat folgenden Wortlaut:

Herr Völkervereinigung! Die alliierten Regierungen hatten die
deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 13. November
ausgefordert, der militärischen Kontrollkommission ihre Entschuldi-
gung wegen der Haltung ihrer Staatsangehörigen gegen die
Mitglieder dieser Kommission bei den Vorfällen in Stettin und
Passau auszusprechen. Diese Entschuldigung sollte bis spätestens
am 29. November an die interalliierte militärische Kontrollkom-
mission gerichtet werden. Am selben Tage sollten schon die von
den alliierten Regierungen wegen jener beiden Vorfälle gefor-
derten Wiedergutmachungen und Sühnehandlungen bewilligt sein.

Was den ersten Punkt betrifft, so hat die deutsche Regierung,
kann durch das Schreiben vom 16. November der interalliierten
militärischen Kontrollkommission ihre Entschuldigung auszuspre-
chen, sich damit begnügt, dieselben ihre Bedauern auszudrücken, was
nicht als hinreichend erscheinen kann, da ein deutscher Beamter bei
diesen Vorfällen, die unmittelbare Verantwortung trug. In die-
ser Hinsicht mußten die alliierten Regierungen feststellen, daß sie
keine Genugtuung erhalten haben.

Betreffs des Vorfalles in Stettin hat die deutsche Regie-
rung sich durch ihre Note vom 16. November verpflichtet, der
interalliierten Kontrollkommission die von den alliierten Regie-
rungen für die Ausführung dieser Maßnahmen geforderten Genug-
tuungen zu geben. Die interalliierte militärische Kontrollkommis-
sion wird der deutschen Regierung einerseits die Form bekannt
geben, in der die Entschuldigung des Polizeipräsidenten von
Stettin zu erfolgen hat, andererseits von der deutschen
Regierung der interalliierten militärischen Kon-
trollkommission Bürgerhaft für die beiden anderen Sühnever-
handlungen betr. des Vorfalles in Passau zu geben sind. Der
Bürgermeister von Passau hat sich begnügt, den Distriktsaus-
schuß in München sein Bedauern auszudrücken, während die alliierten
Regierungen unter Berufung auf das Schreiben des Generals
Nollet vom 30. Oktober Entschuldigungen verlangt hatten mit
der Maßgabe, daß die Form, das Datum sowie die Bedingungen,
unter denen die Entschuldigungen in der Presse zu veröffentlichen
sind, später bestimmt würden. In dieser Hinsicht ist die Erklärung
der alliierten Regierungen vom 13. November keine Genüge ge-
leistet worden. Uebrigens hat die deutsche Regierung durch
Schreiben vom 23. November Nr. 7705 bekanntgegeben, daß,
wenn sie den Bataillonskommandeur in Passau abgelöst hätte,
sie dagegen der Forderung der Überführung der Polizeibeamten
noch nicht entsprochen habe.

Uebrigens hat sich am 22. November ein neuer Zwischen-
fall in Ingolstadt ereignet. Die beiden alliierten Offiziere, die
bereits auf neue von der Bevölkerung beschimpft, täglich ange-
griffen sowie von ihr an der Erfüllung ihres Auftrages behindert
worden. (Küde im Text). Angesichts der unzureichenden
Genugtuung der deutschen Regierung wegen der Vorfälle in
Stettin und Passau, wie des neuen Falles in Ingolstadt und an-
gesichts der unerlässlichen Notwendigkeit, dem Widerstand der
deutschen Behörden gegen die Ausführung der militärischen Ver-
tragsbestimmungen ein Ende zu machen, wie auch die Mitglieder
der interalliierten militärischen Kontrollkommission in der
Ausübung ihrer Tätigkeit zu schützen, haben die alliierten Regie-
rungen bestimmt, daß vor dem 10. Dezember 1922

1. die von der deutschen Regierung noch nicht gegebenen und
oben in Erinnerung gebrachten Genugtuungen auszusprechen sind,
2. betr. des Vorfalles in Ingolstadt, die der deutschen Regie-
rung von der interalliierten militärischen Kontrollkommission
angegebenen Wiedergutmachungen und Sühneforderungen auszu-
sprechen sind.

3. der bayerische Ministerpräsident der interalliierten mili-
tärischen Kontrollkommission, schriftlich seine Entschuldigung für
die Vorfälle in Passau und Ingolstadt auszusprechen hat.

4. jede der Städte Passau und Ingolstadt mit einer Buße
von 500 000 Goldmark bestraft wird, die an die interalliierte mili-
tärische Kontrollkommission zu zahlen ist. Sollte diese Zahlung
zu dem festgesetzten Tage nicht oder nur teilweise bewirkt sein,
so werden die alliierten Regierungen zu ihren Gunsten eine Mil-
lion Goldmark oder den Gegenwert dieser Summe aus Geldmit-
teln erheben, die die bayerische Regierung aus der Pfalz bezieht,
oder, falls diese nicht ausreichen, aus irgendwelchen anderen von
ihnen zu bestimmenden Mitteln im besetzten Rheinland.

Ich beehre mich, Ew. Erzelen zu bitten, Vorstehendes zur
Kenntnis ihrer Regierung bringen zu wollen.

Genehmigen Sie ufw. gez. R. Poincaré.
Die Note ist am heutigen Samstag in Berlin eingegangen
und sofort Gegenstand eingehender Beratung der beteiligten
Rechtsorgane gewesen. Die Entschuldigungen der Regierung werden im
Einvernehmen mit der bayerischen Regierung getroffen werden.

Eine bayerische Erklärung.

München, 2. Dez. Zu den Vorkommnissen in Passau und
Ingolstadt wird amtlich gemeldet: Gelegentlich von Kontrollen
der bayerischen verbandständigen Distriktskommission sind am 24.
Oktober in Passau und am 22. November in Ingolstadt Mitglie-
der dieser Kommission von Teilen der Bevölkerung schwer be-
leidigt und teilweise auch mit Steinen beworfen worden. Diese
Vorkommnisse wurden von den zuständigen Staatsbehörden so

Dr. Cuno über die deutsch-französische Politik.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 3. Dez. (Tel.) Bei einem Empfangsabend des Ver-
eins Berliner Presse im Reichstag hielt heute Reichskanzler Dr.
Cuno eine beachtenswerte Rede. Er hob zunächst die Notwen-
digkeit des Zusammenarbeitens von Presse und Regierung hervor.
Beide hätten das gleiche Ziel: Die Wiederaufrichtung des deut-
schen Volkes und Vaterlandes. Der Reichskanzler betonte wei-
terhin, daß das Kabinett sich sofort an die sachliche Arbeit ge-
hen habe. Es stehe fest auf dem Boden der Verfassung. Er habe
bisher nichts von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabi-
netts gehört. Die Beziehungen zu den Ländern seien sofort auf-
genommen worden. Der Kanzler erklärte dann: Wir haben neben
der Einheit im Innern auch die Einheit nach außen hin not-
wendig. Vielleicht wird sich das schon in den nächsten Tagen be-
sonders deutlich zeigen. Das Kabinett wird solange seine Pflicht
tun, wie es getragen ist vom Vertrauen des Volkes und des Par-
lamentes. Es steht in Deutschland immer noch an dem Vertrauen
zwischen den einzelnen Volksteilen. Dies Vertrauen muß be-
gründet sein auf dem festen Boden von Moral und Autorität.
Der Reichskanzler erinnerte an die neuen Reichen, die sich nicht
aller Pflichten ihres neuen Reichtums bewußt sind. Ferner wies
er hin auf seine Erklärung im Reichstag. Man hat sie nicht
überall so aufgenommen, wie sie gemeint war. Man hat, nament-
lich in französischen Kreisen gefunden, daß die Erklärung in der
Reparationsfrage enttäuscht hat, daß man den guten Willen
Deutschlands vernichtet, zu leisten, auch in dem Umfange, der da-
mals in der Note vom 13. November begrenzt war. Welches ist
irrig. Ich habe keinen Unfug, mich gegenüber Frankreich anders
zu stellen, als gegenüber anderen Staaten. Wir müssen mit
Frankreich in Ordnung kommen. Nur durch sachliche Verhand-
lungen können wir wieder leistungsfähig werden, nicht durch Ulli-
maten und Einmarchandrohungen. Das Kabinett steht nach wie vor
auf dem Standpunkte der Note vom 13. November. Wir werden
in unserer Tätigkeit in enger Fühlung bleiben mit Parlament
und Wirtschaft. Ob der Erfolg, den wir erstreben eintreten, hängt
nicht in erster Linie von uns ab.

Dann kam der Reichskanzler auf die neue Note über die
Kontrollkommission zu sprechen und erklärte bezüglich des Tones
dieser Note: das sind keine Worte, als ob man Vertrauen habe
für die Zusammenarbeit der Völker. Was zu der Note zu sagen
ist, wird von der Regierung im Einvernehmen mit Bayern ge-
nommen werden. Wir werden die Tatsache feststellen. Der Kanzler ver-
wies dann auf die Einmarchandrohungen, die das Rheinland beun-
ruhigen. Wir aber wollen erklären, daß das Rheinland fest zu
Deutschland gehört. (Lebh. Beifall.) Wir werden es nicht zulassen,
daß das Rheinland, die Pfalz und das Saargebiet preisge-
geben wird. (Lebh. Beifall.) Darauf können sich unsere deutschen
Freunde im Rheinland fest verlassen. Weiter führte der Reichs-
kanzler aus, wir müßten aus der stetigen Steigerung der Preise
herauskommen. Das sei aber nur möglich durch die Stabili-
sierung der Mark. Zum Schluß seiner Rede sagte er, die deutsche
Presse habe beim Wiederaufbau des Vaterlandes noch große Auf-
gaben zu erfüllen. Alle Kräfte im deutschen Volke müßten sich
einig zusammenfinden. Die Ausführungen des Kanzlers wurden
mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Neue deutsche Verständigungsvorschläge?

Berlin, 3. Dez. (Tel.) Der Pariser Berichterstatter des „Ber-
liner Tageblatts“ telegraphiert seinem Blatt: „Wenn sich in

gleich eingehend untersucht. Dabei wurde festgestellt, daß den
Polizeibehörden keinerlei Schuld beigemessen ist; schon deswegen
nicht, weil sie über das Eintreffen der verbandständigen Kom-
mission nicht orientiert waren und daher rechtzeitig polizeiliche
Maßnahmen nicht treffen konnten. Die staatsanwaltliche Unter-
suchung gegen die Täter ist noch im Gange. Die Städte Passau
und Ingolstadt richteten an die hiesige Kontrollkommission wegen
der Vorkommnisse besondere Entschuldigungsschreiben. Darüber
hinaus war es der Regierung auf Grund der Sachlage jedoch nicht
möglich, die von der interalliierten Militärkontrollkommission
noch weiterhin verlangten Strafmaßnahmen (Vernehmung der ver-
antwortlichen Polizeichefs) vorzunehmen. Trotzdem machen nun
die verbandständigen die bayerischen Polizeibehörden feierlich ver-
antwortlich, verlangen von ihnen sowie von den beiden Städten
die Erfüllung dringender Verpflichtungen (außerordentlich hohe
Geldbußen und Strafvernehmung) und stellen bei Nichterfüllung
bis zum 10. Dezember schärfste Sanktionen in Aussicht. Das
Verhalten der Bevölkerung, ihre zunehmende Entrüstung über die
dauernd demütigende Kontrolle ist für jeden national empfinden-
den Deutschen verständlich; dennoch verlangt das Gebot der
Stunde kluge Zurückhaltung und Beherrschung der inneren Ge-
fühle. Es muß den verbandständigen auch der Schein eines Red-
tes angenommen werden, uns immer wieder bedrückende und gän-
zlich unberechtigte Opfer auferlegen. Wegen der Fälle in
Passau und Ingolstadt ist die bayerische Regierung mit der
Reichsregierung in Verbindung getreten.

Ministerpräsident v. Knilling, reist nach Berlin.

München, 3. Dez. (Tel.) Wie die Korrespondenz Hoffmann
meldet, reist der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling
morgen nach Berlin, wohin der Reichskanzler die Minister-
präsidenten der Länder für den 6. Dezember zu einer Aussprache
eingeladen hat. Der Ministerpräsident wird am Dienstag die

Berlin die Möglichkeit ergibt, den neuen französischen Vorschlägen
über die Anschauungen der deutschen Regierung zu unterrichten,
und besonders die Erzählungen von einer allzu einseitigen ange-
sächsischen Orientierung des Kanzlers zu widerlegen, dann sollte
diese Gelegenheit benutzt werden. Es wäre sehr wichtig, daß die
deutsche Regierung noch vor London mit positiven Vorschlägen
hervortritt und sich nicht von Vorschlägen überlassen läßt, gegen
die dann mit Protesten gekämpft werden muß. Der Gedanke, daß
gegen den feindseligen Willen Poincarés nichts zu machen sei,
darf die Männer, die in Deutschland etwas zu sagen oder viel-
leicht sogar zu bieten haben, nicht zur Passivität veranlassen.
Jede Initiative, die einen neuen Gedanken vertritt, wird im Rat
der Entente beachtet werden und Unterstützung finden und ihre
Wirkung auch in Frankreich nicht verfehlen.

Die Londoner Konferenz.

London, 2. Dez. „Times“ meldet: Es wird erwartet,
daß die vorläufigen Besprechungen der alliierten Ministerpräsi-
denten in London über die Brüsseler Konferenz in der Zeit vom
9. bis 11. oder 12. Dezember stattfinden sollen. Am ersten Tage
werden die verschiedenen Ansichten dargelegt werden, am Son-
ntag werden wahrscheinlich verbindliche Besprechungen abgehal-
ten werden; etwaige Beschlüsse würden dann am Montag gefaßt
werden.

„Daily News“ erzählt, daß Poincaré beabsichtige, einen
eigenen Reparationsplan zu unterbreiten und eventuelle „Zwangs-
maßnahmen“ darin vorzuschlagen. Bonar Law werde auf eine
neue Prüfung der gesamten Lage in Brüssel drängen.

Paris, 2. Dez. Nach einer Havasmeldung aus London
nimmt man dort in unterrichteten Kreisen an, daß Poincaré in
Begleitung des Finanzministers de La Seyrie zu den Besprechun-
gen nach England kommen werde.

Mussolini reist am 6. Dezember nach London und wird in
Paris schon vor der Vorkonferenz mit Poincaré eine Bespre-
chung abhalten. Der französische Ministerpräsident teilte bereits
Mussolini mit, daß er auch für eine eventuelle Abhaltung der
Vorkonferenz in Boulogne für mer wäre. Man hat alle Ursache
zur Annahme, daß der Gedanke einer Konferenz in Boulogne von
Mussolini angeregt worden ist. Irigend eine Neuerung des
englischen Kabinetts liegt noch nicht vor. Man nimmt an, daß
Bonar Law auf der Abhaltung der Konferenz in London selbst
bestehen wird.

Paris, 3. Dez. (Drahtb.) Petit Parisien meldet, daß die
französische Regierung gegenwärtig durch das Außenministerium,
das Finanzministerium und die französische Delegation bei der
Reparationskommission ins Einzelne gehende Pläne für die Kon-
ferenz von Brüssel ausarbeitet.

Eine Erklärung Hardings.

Rein Zurückziehung der Amerikaner vom Rhein.

London, 2. Dez. Neuer meldet aus Washington: In
Weihen Hause verläutet, Präsident Harding habe zwar volles
Verständnis für die Auffassung derer, die eine Zurückziehung der
amerikanischen Truppen vom Rhein befürworten, eine solche Zu-
rückziehung werde aber nicht erfolgen, weil daraus falsche Schlüsse
auf die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den Angele-
genheiten der Welt gezogen werden könnten.

Angelegenheit der Sühneforderungen der interalliierten mili-
tärischen Kontrollkommission mit den zuständigen Reichsstellen
besprechen, nachdem er hier die notwendige Fühlung mit dem
Landtag bereits genommen hat. Die Entscheidung der bayerischen
Regierung wird sofort nach Rückkehr des Ministerpräsidenten ge-
troffen und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Zu der Note Poincarés bemerkt die „Germania“, die
Erregung der Bevölkerung über die fortgesetzten Schikanen und
Kontrollvisitationen, die sich durch ihre Ergebnislosigkeit selbst
verurteilen, werde man um so eher entschuldigen müssen,
wenn man bedenke, daß nach dem Wortlaut des Verlaufs
Vertrages mit der längst bis ins kleinste durchgeführten deut-
schen Abrüstung die weite Entlastung der deutschen
Budget schwer belastenden Kontrollkommissionen heute mehr als
zweifelhaft sei.

Der „Vorwärts“ weist auf die schwere Verantwortung
jener Kreise hin, die die Bevölkerung zu solchen Kundgebungen
und Taten aufreizten und sagt dann: „Der Ton dieser Note
ist einfach widerwärtig. Aus ihr geht die Absicht hervor,
ein ganzes Volk zu beleidigen und zu demütigen, das zu neun
Zehnteln die nationalpolitischen Ereignisse ebenso aufrichtig verurteilt,
wie jeder vernünftige Mensch in den anderen Ländern.“

Ueber den Vorgang in Passau, der am 24. Oktober
erfolgte, erzählt die Telegraphen-Nachricht ergänzend zu den be-
reits bekannten Tatsachen, daß es sich um zwei französische und
einen englischen Kontrolloffizier handelte, die aus München in
Uniform und Auto nach Passau gekommen waren, um dort
eine Kaserne zu inspizieren. Um das Auto der Kontrollkommis-
sion sammelte sich eine Menge an, die in Beschimpfungen aus-
brach. Der Verbindungsoffizier ermahnte die Menge zur Wä-
gung. In der Kaserne beanstandeten die Kontrolloffiziere
dann verschiedene Anzeichen. Es handelte sich dabei in
der Hauptsache um eine in dem Flügel der Verheiraten aus-
gehängte Gegenliste der Kriegsverbrecher, die mit

der Bemerkung versehen war: „Kameraden! Vort die Schand-
taten der Franzosenhunde und sorgt für ihre Verbrei-
tung.“ Als die Kontrollkommission die Karte überließ, brach die
angesammelte Menge erneut in Beschimpfungen aus und be-
warf das Automobil der Offiziere mit Steinen. Einer der
Entenoffiziere wurde dabei leicht verletzt. General Koller
hat nach Kenntnisnahme von diesem Vorfall drei Forderungen
gestellt: Er verlangt erstens eine Entschuldigung durch den
Bürgermeister von Passau, zweitens die Abberufung des Poli-
zeichefs, drittens die Verlegung des Bataillonkommandanten.
Der dritte Forderung wurde Rechnung getragen. Auch der
Bürgermeister von Passau hat an General Koller ein Bedau-
erungsschreiben gerichtet. General Koller erklärte sich jedoch
mit der Form dieses Schreibens und mit der Art seiner Ver-
öffentlichung durch die Presse nicht einverstanden. Die zweite
Forderung auf Abberufung des Polizeichefs wurde von der
bayerischen Regierung abgelehnt.

Die Einleitung des Geldeintreibungssystems

Paris, 2. Dez. Zur Note der Vorkonferenz, die eine
direkte Beitreibung in der bayerischen Pils androht, falls zwei
bayerische Städte keine Geldbuße zahlen, glaubt der „Petit Pa-
risien“ sagen zu können, dies sei die Einleitung des von der fran-
zösischen Regierung ins Auge gefassten Systems, unmittelbar bei
den deutschen Schuldnern Zahlungen einzuziehen. Deutschland
erkläre sich außerstande, seinen nächsten Zahlungsverpflichtungen
gerecht zu werden. Es verfüge aber über Einnahmen auf dem
linken Rheinufer, das Frankreich besetzt halte; es erhebe dort
Steuern, es besitze dort verstaatlichte Eisenbahnen, es gebe Koh-
lengruben, die dem preussischen oder dem bayerischen Staate ge-
hörten, es gebe Domänenforsten. Dieser gesamte Besitz, der in
französischer Reichweite liege, müsse eines Tages doch beschlag-
nahmt werden, wenn Deutschland sich weiterhin der Bezahlung
seiner Reparationschulden entziele. Es sei nicht schlecht, daß es
gerade Bayern sei, das mit dieser Methode die erste Erfahrung
mache. Die Warnung richte sich im übrigen an ganz Deutschland.
Wenn Deutschland klug sei, werde es begreifen, daß die Zeiten
sich zu ändern beginnen, und daß die Schuld der Alliierten im
allgemeinen und Frankreichs im besonderen allmählich am Ende
angelangt sei.

Deutsche Vertreter vor der Reparationskommission.

Paris, 2. Dez. (Tel.) Die Reparationskommission hat
gestern in offizieller Sitzung die Ausführungen der deutschen Ver-
treter über die Nichtlieferung von Holz im Jahre 1922 entgegen-
genommen.

Keine Herabsetzung der Kohlenzwangslieferungen.

Paris, 2. Dez. Der Wiederherstellungsausschuss beschloß
gestern nach lebhaften Debatten zur Frage der deutschen Kohlen-
lieferungen, daß diese bis zur Brüsseler Konferenz in dem bis-
herigen Umfange aufrechterhalten bleiben.

Die Zulagen der Kontrollkommissions- mitglieder.

Berlin, 3. Dez. Die aus Reichsmitteln zu zahlenden Bezüge
der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission wurden am
1. September dieses Jahres verdreifacht. Seitdem bezogen, abge-
sehen von freier Wohnung und ihren Heimeckgehältern: Der
vorstehende General 310 800 M., monatlich. Sonstige Generale,
Obersten, Oberstleutnants in der Stellung eines Abteilungs-
chefs 229 425 M., Sonstige Obersten und Oberstleutnants, sowie Ma-
jore in der Stellung eines Abteilungschefs 163 875 M., Sonstige
Major 147 525 M., Hauptleute und Leutnants 139 275 M.,
Unteroffiziere 75 750 M., Gemeine 45 900 M. Diese Gehälter
sind vom 1. Oktober an auf Grund eines Beschlusses der Kon-
trollkommission wiederum verdreifacht worden, d. h. ein Gemeiner
erhält monatlich danach 138 000 M., ein General 933 000 M.

Innerpolitische Umschau.

* Geldentwertung und Zwangsanleihe. Nach dem Entwurf
zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe wird die ur-
sprüngliche feste Grenze von 70 Milliarden aufgehoben. Die An-
leihe soll sich nunmehr der Geldentwertung, die seit dem Erlaß
des früheren Gesetzes eingetreten ist, anpassen. Ob dies aller-
dings in dem Maße der Fall sein wird, daß der neue Anleihebe-
trag tatsächlich die durch den Dollarstand bedingte Höhe von
zwei Milliarden erreichen wird, muß dahingestellt bleiben. Es
kann wohl schon jetzt gesagt werden, daß namentlich bei Immo-
bilien eine solche Anpassung unmöglich ist. Immerhin wird damit
zu rechnen sein, daß der Betrag nach der neuen gesetzlichen Re-
gelung ein Vielfaches des ursprünglichen Betrages von 70 Mil-
liarden darstellen wird.

* Die Gehaltszuschüsse der Kommunalbeamten. Wie der amt-
liche Preussische Preßdienst mitteilt, wird das Ministerium des
Inneren einen Rundschreiben herausgeben, in dem angedeutet wird,
daß die staatlichen Zuschüsse zu den Befoldungssteigerungen für
die Kommunalbeamten noch vor Weihnachten in den Händen der
Kommunen sein sollen.

* Wintertagung der Vereinigung der deutschen Bauernver-
eine. In den Tagen des 13.—15. Dezember 1922 finden in Ber-
lin die Tagung der Vorstände und Generalsekretäre sämtlicher
deutscher Bauernvereine statt. Es stehen insbesondere Produk-
tions- und Ernährungsfragen zur Tagesordnung; die bereits in
der Presse veröffentlichten Richtlinien der deutschen Bauernvereine
für den Wiederaufbau werden im Vordergrund der Beratungen
stehen.

Reichsernährungsminister Dr. Luther.

Berlin, 2. Dezember. Der Oberbürgermeister von Essen
(Ruhr) Dr. Luther ist zum Reichsminister für Ernährung
und Landwirtschaft ernannt worden.

Dr. Hans Luther steht im 44. Lebensjahre. Er ist am
10. März 1879 zu Berlin geboren. Sein Vater war ein ange-
sehener Berliner Kaufmann. Nach seiner juristischen Ausbil-
dung wurde Dr. Luther zunächst Stadtrat in Magdeburg und
hat schon in dieser Tätigkeit mehrfach die Aufmerksamkeit der
Bürgermeisterpraxis erregt. Dann übernahm er die Ge-
schäftsführung des preussischen Städtebundes. Im Juni 1918 be-
trieb ihn ein einmütiger Beschluß sämtlicher Parteien als Ober-
bürgermeister nach Essen, wo er es mit großem Geschick verstand,
die schwierigen Verhältnisse, die unter der Ruhrarbeiterkassette in
den letzten Kriegsjahren und bis in die letzten Zeiten hinein-
fand, zu bewältigen. Er ist Mitglied des vorkrieglichen Reichs-
wirtschaftsrates und gehört keiner Partei an. Als Verwaltungs-
beamter genießt Dr. Luther einen vorzüglichen Ruf.
Die Essener Stadterordneten haben beschlossen, Dr. Luther
den Oberbürgermeisterposten offen zu halten.

Reichsaussenminister Dr. v. Rosenberg hat sich nach
Kopenhagen begeben, um sich vom König und der dänischen
Regierung zu verabschieden. Dienstag wird der Minister wie-
der in Berlin sein.

Vertagung der Orientkonferenz?

Aufbruch in Mesopotamien.

* Paris, 2. Dez. Laut „Chicago Tribune“ berichten Nach-
richten aus Konstantinopel von Unruhen in Kleinasien. Die Kur-
den sollen eine neue Regierung gebildet und das
vor einigen Monaten von England geräumte Sulimatah ge-
nommen haben. Der arabische Kongress soll eine Erklärung
abgegeben haben, der König Faisal habe gegen die Voraus-
setzungen verstoßen, unter denen er den Thron von Hedschas be-
stiegen habe. Die Bevölkerung verlange die Wahl eines
neuen Königs. Von den geistlichen Häuptern werde erklärt,
König Faisal habe den Thron erschlichen.

Da Faisal von den Engländern nach Mesopotamien gebracht
worden ist, würde sich, wenn sich die Meldung bestätigt, die Be-
wegung zugleich gegen die Engländer richten. Die englandfeind-
liche Stimmung der Kurden und der mesopotamischen Araberstäm-
me ist nicht etwa erst neueren Datums; fast das ganze Jahr
1920 hindurch war England mit der Niederwerfung der auf-
ständigen Bevölkerung in seinem Hauptpetroleumgebiet beschäftigt,
was am 4. November 1920 gelang: Durch den Reichskommissar
Sir Percy Cox wurde damals ein vorläufiger „Staatsrat“ ein-
gesetzt und in der Folge der Emir Faisal, ein Sohn des Königs
von Hedschas und Bruder des in Transjordanien — ebenfalls
von Engländern Gnaden — residierenden Abdullah, mit der meso-
potamischen „Königskrone“ belehnt. Die seitdem nur mühsam
unterdrückte Opposition regte sich mit den wachsenden Erfolgen
Kemals in Kleinasien schon wieder stark einige Monate vor dem
Zusammentritt der Lausanner Orientkonferenz. Der bisherige
Verlauf der Verhandlungen in Lausanne war auch nicht gerade
geeignet, dieser Bewegung das Wasser abzugraben. Inzwischen
mehrten sich übrigens die Nachrichten, die von einer wahrschein-
lichen Vertagung der Konferenz sprachen. Tatsächlich ist zur Zeit
wenig ersichtlich, auf welcher Basis eine Einigung zwischen den
türkischen und englischen Hauptgegnern erfolgen soll.

Rußland und die Meerengenfrage.

Paris, 3. Dez. (Tel.) In einer dem „Temps“ übergebenen
Erklärung weist Schischkine energisch darauf hin, daß für Ruß-
land nur die völlige Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe
in Betracht komme. Jedes internationale Kontrollsystem, ob es
sich nun um den Völkerbund oder um eine internationale Kom-
mission handle, würde die Vorherrschaft der stärksten Seemacht
bedeuten. Die Definition der Meerengen für fremde Kriegsschiffe
sei in diesem Falle um so gefährlicher, als gegenwärtig eine ge-
wisse Macht, die nicht Frankreich sei, sich in Südpersien selbst
versuche, um sich der Petroleumgebiete zu bemächtigen, womit
eine Aktion in Transkaukasien verbunden sei, welche die
Brücke nach Zentralasien bilde. Diese Durchdringungspolitik, deren
Folgen gegenwärtig Rußland verführe, würde eine völlige
Einschließung der Türkei bedeuten, gegen die man übrigens in
der Form eines angeblich unabhängigen Kurdistans eine Festsung
errichtet habe. Die Türkei müsse unbedingt das Recht haben, die
Ayer der Meerengen zu befestigen, die notwendigen Minen zu
legen und Kriegsschiffe und Unterseeboote zu unterhalten, um
den Eingang der Meerengen zu verteidigen. Auch Rußland könne
nicht darauf verzichten, seine Küsten und seine Gewässer zu ver-
teidigen, solange die anderen Mächte noch Flotten unterhielten.

Kommunistische Lärmjahren im Landtag.

Vertagung bis zum 11. Dezember.

In der Sitzung des Preussischen Landtages am Samstag
handelte es sich zunächst um eine große Anfrage der Kommu-
nisten über das mehrfache Verbot der „Roten Fahne“, der
„Weltlichen Arbeiterzeitung“ und über die Beschlagnahme
eines kommunistischen Flugblattes über die Märzvorwände in
Mitteldeutschland. Nach einer Rechtfertigung dieser Vorwände
durch einen Vertreter der Staatsregierung lehnte das Haus
den kommunistischen Antrag, in eine Besprechung der Anfrage
einzutreten, ab. Das Verbot der äußersten Linke zu großem
Kadaver.

Ohne Aussprache wurden die Auswahlanträge zur Frage der
Verbringung von Gesundheitsanfragen vor der Entscheidung in
allen Punkten zum Beschluß erhoben. Danach wird vor Ein-
führung einer Ehe der Austausch von Gesundheitszeugnissen vor-
geschrieben. In den Schulen sollen Belehrungen über die ge-
sundheitliche Grundlage der Ehe erteilt und an den Univer-
sitäten Vorlesungen über Vererbungslehre erfolgen.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Schaffung einer
Bannmeile für das Berliner Rathaus wurde abgelehnt.

Der Verfassungsausschuss beantragte anlässlich einer An-
frage bei (Sitz.) betreffend das Strafverfahren wegen der Er-
mordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Aufklärung
der Mordtat. Der Antrag wurde angenommen.

Es folgte die Beratung eines kommunistischen Antrages
auf Verweigerung der Auslieferung des Kommunisten Ghezi
an die italienische Regierung.

Abg. Charpentier (Komm.) empfahl den Antrag zur An-
nahme unter heftigen Ausfällen gegen die preussische Re-
gierung und die anderen Parteien.

Als bei der Debatte zunächst einige Unruhe sich bemerkbar
machte, wird von den Kommunisten in erregter Weise Ruhe
verlangt. Die Rechte erwiderte darauf, und es beginnt nun auf
seiten der Kommunisten ein solcher Lärm, daß die Ausführun-
gen des Redners unverständlich bleiben und Präsident Veitmer
sich minutenlang bemühen muß, die Ruhe herzustellen und den
Platz vor dem Tisch des Hauses zu räumen.

Der kommunistische Antrag wurde des Rechtsausschusses
überwiesen.

Daran anschließend entspann sich eine lebhafte Geschäfts-
ordnungsdebatte, in deren Verlauf die Abg. Schulz-Neudöhl
und Krag (Komm.) dem Präsidenten Veitmer Parteileihaft vor-
warfen. Präsident Veitmer erwiderte, daß er Beleidigungen des
Präsidenten nicht mehr dulden werde.

Abg. Leidig (D. Vp.) gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß
die überprozent Mehrheit des Hauses gegenüber diesen unwürdi-
gen Szenen hinter dem Präsidenten stehe.

Dann vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 11. De-
zember.

Die erhöhten Abgabepreise der Reichs- getreidefelle.

Berlin, 3. Dez. Am 4. Dezember tritt eine Erhöhung der
Abgabepreise der Reichsgetreidefelle für das von ihr für die
Markenbrotverfertigung gelieferte Getreide und Mehl auf etwa
das dreifache der bisherigen Preise ein. Die Tonne Roggen
wird von diesem Zeitpunkt ab für 90 000 M., die Tonne Weizen
für 96 000 M., der Doppelgetreide zu 85 Prozent ausgemahlener
Roggenmehls für 13 000 M., der Weizenmehls gleicher Aus-
mahlung für 14 000 M. abgegeben werden. Hierzu bemerkt das
Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

teiligen, solange die anderen Mächte noch Flotten unterhielten.
Die Abbruchkonferenz in Moskau und die Haltung Rußlands
auf der Konferenz von Genua, wo es die Abbruchkonferenz
bewiesen genügend Rußlands absoluten Friedenswillen. Die
Rolle Rumäniens in den Orientfragen mußte geklärt werden,
da durch Rumäniens Vermittelung der Konflikt im Orient sich
weiter entwickeln könnte. Schischkine habe hierauf bereits bei
seinem Aufenthalt in Warschau hingewiesen und sein Bedauern
ausgesprochen, daß Polen durch sein Bündnis mit Rumänien in
neue Konflikte verwickelt werden könnte.

Polen eröffne seine türkisenfeindliche Aktion gerade in einem
Augenblick, in dem Frankreich den Plan verfolge, in Meme ein
internationales Regime mit polnischen und litauischen Vertretern
zu errichten. Rußland sei an der freien Schifffahrt auf dem
Nizmen interessiert. Es würde durch eine weitere Ausbuchtung
des vorgenannten Projektes gefährdet werden. Man sehe also,
daß gegenwärtig Pläne, die Rußlands Sicherheit bedrohen, vom
baltischen Meere bis in das tiefste Zentralasien geschmeißel wer-
den. Pläne, an denen Frankreich nicht das geringste Interesse
hat.

Lausanne, 3. Dez. Der päpstliche Nuntius in Bern, Mon-
signore Magliano, ist gestern hier eingetroffen.

Starke türkische Verstärkung.

Paris, 2. Dez. Die „Chicago Tribune“ berichtet über starke
Verstärkungen in Konstantinopel infolge der aus Lausanne ein-
getroffenen Nachrichten. Vorgehoren habe Kauf bei erklärt, in
Lausanne sei noch nichts geschehen, wenn man von der Ablehnung
der türkischen Forderungen (siehe) aus den Nachrichten aus
Thrazien ergebe sich, wenn sie auch von den Griechen abgeschwächt
würden, daß die Wirren an der bulgarisch-türkischen Grenze infolge der
Ausschreitungen von Komitatistebanden andauern. Die Bul-
garen hätten sich den Aufständischen in Gumuldzhina angeschlossen.
Der Orientkrieg werde noch immer festgehalten. Die Auf-
ständischen ständen unter Führung von Newfas bei.

Meuterei der griechischen Truppen in Thrazien

Paris, 2. Dez. Die Blätter melden aus Athen: Die Hin-
richtung der Meuterei wird in der Armee verschiedentlich aufgefaßt.
Die in Thrazien stehenden Truppen meuterten und lösten sogar
ihre Formationen auf. General Nider, der bei Ausbruch der
Revolution zu ihrem Kommandanten ernannt worden war, steht
aber außerstande ist, die Disziplin wieder herzustellen, hat der
Athener Regierung seine Demission eingereicht. In der
Hauptstadt fürchtet man, daß diese Unzufriedenheit der Armee zu
einer Gegenrevolution führe. Um der drohenden Gefahr zu be-
ginnen, soll das revolutionäre Komitee beschloffen haben, General
Nider durch den derzeitigen Kriegsminister, General Pangalos,
zu ersetzen und Delegierte mit dem Auftrag, die Ordnung wieder-
herzustellen, nach Thrazien zu schicken.

Laut New York Herald beabsichtigt man in offiziellen franzö-
sischen und in einflussreichen griechischen Kreisen in Paris, daß
Griechenland vor einer Art faschistischer Bewegung stehe.

Der Bruder König Konstantins degradiert und verbannt.

London, 3. Dez. (Draht.) Neuter meldet aus Athen:
Prinz Andreas wurde zur Degradation und zur dauernden Ver-
banung verurteilt.

Die Gestehungskosten des von der Reichsgetreidefelle abge-
gebenen Getreides und Mehls setzen sich etwa je zur Hälfte aus
den Kosten für Auslandsgetreide und denen für Umlagegetreide
zusammen. Während die durchschnittlichen Preise für Auslands-
getreide im September, zur Zeit der Vorbereitung der Ende
Oktober eingetretenen Heraussetzung der Umlagepreise noch rund
53 000 Mark für Roggen, 68 000 M. für Weizen betrugen, waren
sie im Oktober auf 122 000 M. und 156 000 M. gestiegen und be-
trugen sich im Durchschnitt der ersten 3 1/2 Wochen des November auf
224 000 M. für Roggen und 305 000 M. für Weizen. Für Weizen
müßte im November zeitweilig über 400 000 M. bezahlt wer-
den. Dazu kommt die Preissteigerung für das Umlagegetreide.
Man darf bei der angeordneten Preissteigerung nun nicht außer
Acht lassen, daß auch der erhöhte Brotpreis immer noch eine we-
sentliche Verbilligung gegen den Preis für das freie Brot in
sich schließt. Der Preis für das 1900 Gramm-Brot wird auch
nach seiner Erhöhung Anfang Dezember noch geringer sein, als
der jetzige Preis für nur 1000 Gramm freies Brot. Umgerechnet
der von den Bäckern bereits angekündigten Erhöhung des Preises
für das freie Brot wird also das Markenbrot um weit mehr
als die Hälfte im Preise niedriger stehen als das freie Brot.

Die Verhaftung Ehrhards.

München, 2. Dez. Der Korvettenkapitän Ehrhardt hat sich
in der letzten Zeit in Pasing, einem Fabriksort von München,
unter dem Namen Eichmann in ständig verändertem Aussehen
aufgehalten. Er ist wiederholt in München gewesen. Unter sel-
nem falschen Namen hat er sich von dem vor 10 Tagen in der
Untersuchung gegen „Lüttich und Genossen“ nach München ge-
kommenen Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes in Leip-
zig, Regierungsrat Dr. Meß, zweimal vernommen lassen, und ist
am Freitag unmittelbar nach der zweiten Vernehmung im Justiz-
palast, wo der Leipziger Untersuchungsrichter sein Arbeitszimmer
und München Kriminalbeamte zu seiner Verfügung hatte, ver-
haftet worden. Ein Spitzel soll sich unter falschem Namen und
Vorwand an Ehrhardt herangemacht und sogar an einer Unter-
redung Ehrhardts mit Vertrauensleuten im Regina-Palasthotel in
München teilgenommen haben.

Berlin, 3. Dez. (Tel.) Wie die Blätter aus Leipzig mel-
den, ist Ehrhardt im Leipziger Untersuchungsgefängnis unterge-
bracht. Vor der Zelle und in der Umgebung des Untersuchungs-
gefängnisses ist ein besonderer Wachdienst eingerichtet worden, da
man mit der Möglichkeit rechnet, daß Ehrhardt von seinen Freun-
den befreit werden könnte. Die Anklage gegen ihn wird nicht nur
wegen seiner Rolle im Kapp-Putsch, sondern auch wegen seiner
Beziehungen zur Organisation C erhoben.

Die Ueberführung Ehrhardts von München nach Leipzig war
von der Reichsanwaltshalle so geschickt vorbereitet worden, daß
auch an machabäischen Stellen sein Eintreffen in Leipzig nicht be-
merkt worden ist. Bereits in der Nacht vom Donnerstag zum
Freitag kam er in Leipzig an. Er behauptet, sich nicht strafbar
gemacht zu haben und vor allem unter das Unmissetgesetz zu
fallen.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, wollen die vaterlän-
dlichen Vereine in München in der Angelegenheit Ehrhardt beim
Ministerpräsidenten v. Knilling vorstellig werden. Nach dem ge-
nannten Blatt verlautet weiter, daß die Tätigkeit des Unter-
suchungsrichters in dieser Angelegenheit als Eingriff in die bayeri-
sche Gerichtsbarkeit angesehen werden könnte.

Westf.

* Münster.
Die Umlagepreise
auch für das von
Reichsfinanzmin-
1922 v. e. l. d.
werden die La-
Bundesbanknotiz
zum 1. April 1923
angestiegen.

* Münster.
der Landesbank
Provinz Westfa-
zur Zeichnung
folgt nach 10 J.
Zeichnungsfors-
bahiet auch die
ihrer Steuerkraft.

* Münster.
rungsgebiet Mü-
vorliegen, die für
bedeutung sind, la-
verbandes zu
6. Dezember 1922
ster, Regidistraf-
ster.

* Kiedling.
Diebesgesellschaft
festgenommen.
Diesen stehenden
gelegentlich einer
en, Spartenheft
den wurden, die für
Joseph Bortmann
genstände aus
Wagen vom 10
Dienstes in der
und Bortmann in
agen des Reichs
bringend verdächtig.

* Gießen, 3.
Der Mörder der
benen und ber-
hier endlich in
on der Bergman-
Wann fand seine
Verdacht letzte
ler, einen Tische
Große“ arbeitete
Papier brachte.
Nachforschungen
hat er sich selbst
geführt worden.
in der Vergangenheit
mit Hilfe seiner
X Lippstadt.
lig und sehr dürfti-
kel Straßenpreb-
von Stufen des
melten Voller“ v-
enen Schauspieler
stehende Saarmä-
lähiger Brutt auf
gewöhnliches Gepr-
bertraut, das Fie-
dinge.

* Dortmund.
onen.) Der Auffich-
nen G. m. b. H.
130 Millionen M.
Markt zur Fertig-
während 30 Millio-
nung des starken G-
der Anleihe schwe-
nach nicht abge-
schl.

* Unna, 3. T.
Strede Allen—Den-
aus Mülheim—Den-
war mit der Zug-
zum Halten gebrac-
bom mitgenommen
bringung in einen
Schwererleiste ist
Arantenhaus gestol-

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Dortmund.
onen.) Der Auffich-
nen G. m. b. H.
130 Millionen M.
Markt zur Fertig-
während 30 Millio-
nung des starken G-
der Anleihe schwe-
nach nicht abge-
schl.

* Unna, 3. T.
Strede Allen—Den-
aus Mülheim—Den-
war mit der Zug-
zum Halten gebrac-
bom mitgenommen
bringung in einen
Schwererleiste ist
Arantenhaus gestol-

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

* Essen, 3. D.
Zug.) Der Güterzug
Hochfeld-Süd nach
stelle von 10—12 P-
auf den Zug und w-
von einigen offenen
Die Untersuchung ist
X Köln, 3. D.
Köln Kriminalpoli-
dieb, einen Itali-
Staten einer Dame
nach deutschem Geld-
den.

Westfalen und Rheinland.

× Münster, 3. Dezember. (Das Notgeld der Landesbank.) Die Landesbank für alle im Umlauf befindliche Notgeld, also auch für das von der Landesbank der Provinz Westfalen im Reichsfinanzministerium zunächst bis zum 15. Dezember 1922 verlängert worden. Nach Ablauf der Umlaufzeit werden die Landesbank und die westfälischen Sparkassen das Landesbanknotgeld noch lange Zeit einlösen, mindestens bis zum 1. April 1923. Dieses Notgeld kann also ruhig weiter in Anspruch genommen werden.

× Münster, 3. Dez. (8,5prozentige Schuldchein-Anleihe der Landesbank der Provinz Westfalen.) Die Landesbank der Provinz Westfalen legte eine 8,5prozentige Schuldcheinanleihe zur Zeichnung bis 15. Januar 1923 auf. Die Rückzahlung erfolgt nach 10 Jahren am 2. Januar 1933 zu 102 Prozent. Der Zeichnungssatz beträgt 100 Prozent. Außer der Landesbank hat auch die Provinz Westfalen mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft für die Anleihe.

× Münster, 4. Dezember. (Wirtverband für den Regierungsbezirk Münster.) Da augenblicklich mehrere Gelegenheitswörter vorliegen, die für das Wirtgewerbe von tiefgreifender Bedeutung sind, ladet der Vorstand des Münsterländischen Wirtverbandes zu einer großen Versammlung am Mittwoch, 6. Dezember 1922, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zu Münster, Regidistrasse, ein. (Siehe Anzeige.)

× Krefeld, 3. Dezember. (Eisenbahnüberfall.) Eine Diebesgesellschaft, die es auf Bahngüter abgesehen hatte, ist hier festgenommen. Es handelt sich um den seit 22 Jahren in Diensten stehenden Lokomotivführer Emil Kretschmar, bei dem gelegentlich einer Hausdurchsuchung eine größere Anzahl Diamanten, Spartensteine, Edelsteine und eine Nähmaschine gefunden wurden, und um die Wagenmeister Wilhelm Stadler und Joseph Wörmann. Ersterer legte ein Geständnis ab, die Gegenstände aus verurteilten und plombierten Wagen von Bahnhof Krefeld nach Düsseldorf und plombierten Wagons von Düsseldorf nach Krefeld zu bringen. Stadler und Wörmann bestreiten die Tat, sie sind aber durch die Aussagen des Kretschmar überführt. Die Ehefrau des letzteren ist dringend verdächtig, sich der Hehlerei schuldig gemacht zu haben.

× Essen, 3. Dezember. (Selbstmord eines Bergmanns.) Der Arbeiter der in der Nähe im September erdölte aufgefundenen und beraubten Bergmannsrau Schwarz wurde hier endlich in Haft genommen. Das furchtbare Verbrechen an der Bergmannsrau ist noch in frischer Erinnerung. Der Verdacht richtete sich auf den eigentlichen Bergmann Müller, einen Arbeiter, der auch auf der Zeche „Friedrich der Große“ arbeitete und auch der Frau angeblich am Morgen der Mordtat begegnete. Gleichzeitig war der Arbeiter verschwunden. Nachforschungen über seinen Verbleib waren ohne Erfolg. Man hat er sich selbst getötet und ist dem Amtsgericht Bochum zugeführt worden. Da man annimmt, daß seine Personalangaben in der Vergangenheit nicht stimmten, hat er sich wahrscheinlich mit Hilfe falscher Papiere verkleidet gehalten.

× Düsseldorf, 3. Dezember. (Ein Natur-Apostel.) Barhäuptig und sehr dürrig geartet, hält hier ein sogen. Natur-Apostel Strassenpredigten. In der Mittagszeit stand der Alte auf den Stufen des Kaiserbrunnens und predigte, „dem verarmten Volke“, vor allem die Jugend fühlte sich zu dem seltsamen Schauspiel hingezogen. Ein grauer Vollbart und eine schneeweiße Haarmähne gaben dem mit nackten Armen und entblößter Brust auftretenden „Heiligen der letzten Tage“ ein ungewöhnliches Gepräge. Er schimpfte gegen die ungeliebte Kleidertracht, das Fleischessen, den Alkohol, den Wucher und andere Dinge.

× Dortmund, 3. Dezember. (Eine Anleihe von 130 Millionen.) Der Aufsichtsrat der Dortmunder Straßenbahnen G. m. b. H. hat beschlossen, eine Anleihe von insgesamt 130 Millionen M. aufzunehmen. Hierfür sollen 100 Millionen Mark zur Fertigstellung im Ausbau begriffener Anlagen dienen, während 30 Millionen Mark als Betriebskapital zur Befriedigung des starken Geldbedarfs nötig sind. Wegen Aufnahme der Anleihe schweben Verhandlungen mit der Landesbank, die noch nicht abgeschlossen sind.

× Essen, 3. Dezember. (Wom Zuge abgefeuert.) Auf der Strecke Alten-Remmingen stürzte der Schaffner Max Lange aus Wülfrath-Speldorf aus dem fahrenden Personenzug. Er war mit der Zugkontrolle beschäftigt. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht und der Verunglückte bis Alten-Remmingen mitgenommen, von wo aus man für die sofortige Unterbringung in einem hiesigen Krankenhaus Sorge trug. Der Schwerverletzte ist jedoch bald nach seiner Entlassung ins Krankenhaus gestorben.

× Essen, 3. Dezember. (Wieder ein Überfall auf einen Zug.) Der Güterzug 9495 wurde auf der Fahrt von Duisburg-Hochfeld-Süd nach Wülfrath-Speldorf an der Blockstelle Vohrstraße von 10—12 Personen überfallen. Die Täter sprangen auf den Zug und warfen eine größere Anzahl Kohlesteine auf einige offene Wagen und verschwanden damit im Walde. Die Untersuchung ist im Gange.

× Köln, 3. Dezember. (Internationaler Hoteldieb.) Der Kölner Kriminalpolizei gelang es, einen internationalen Hoteldieb, einen Italiener, festzunehmen, der in einem Hotel in Italien einer Dame einen Schmuck im Werte von 89 Millionen nach deutschem Gelde stahl. Der Schmuck wurde noch vorgefunden.

Die Teuerung im November.

Über 100 Prozent.
Berlin, 2. Dez. Über die Teuerung im November 1922 wird mitgeteilt: Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) von 22 066 im Oktober auf 44 610 im Durchschnitt des Monats November, mithin um 102,2 v. H. gestiegen. Die Indexzahl ohne die Bekleidungskosten, die im Oktober 19 504 betrug, hat sich auf 40 047 erhöht; die Steigerung beträgt 105,3 v. H. Die Indexzahl für die Bekleidungskosten allein ist um 91,8 v. H. auf 74 162, die für die Ernährungskosten um 106,5 v. H. auf 54 982 gestiegen.

Kirchliches.

× Münster, 3. Dezember. (Die heilige Priesterweihe) empfingen heute Gerhard Bodden aus Hommerum, Heinrich Böcker aus Münster, August Dammann aus Lütten, Friedrich Deming aus Altenberge, Joseph Dierken aus Garrel, Georg Eick aus Münster, Heinrich Fehnding aus Löhne, D. Johann Göten aus Friesoythe, Joseph Gieseler aus Duisburg-Weiderich, Norbert Hammans aus Kanten, Johann Hölscher aus Bodum, D. Joseph Horst aus Veldum, Adolf Kockers aus Goch, Gerhard Krämer aus Wülfers, Bernhard Krümpelmann aus Damm, Wilhelm Mengelmann aus Olfen, Hermann Niehaus aus Rheidebrügge, Georg Ording aus Mönnebeck bei Capellen, D. Franz Ortner aus Mönne, Matthias Pottke aus Wenden, Johann Priding aus Vippam, Franz Renning aus Ostrup, Theodor Riesen aus Cleve, Johann Roeloffen aus Bocholt, Wilhelm Schäfers aus Wevel, Joseph Schmees aus Krefeld, Anton Schulte aus Heiden, August Schüttgen aus Mettingen, Heinrich Siemens aus Camperbruch, Bernhard Speckmann aus Wadersloh, Friedrich Silling aus Großen, Joseph Bernhard Toddenroth aus Münster, Joseph Wiedrup aus Münster, Bernhard Verstege aus Krefeld, Heinrich

Handel und Volkswirtschaft.

Der Dollar in Berlin am Samstag: 8229,87.

Berliner Devisenkurse.

	2. 12.		1. 12.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	3231,90	3284,10	2927,66	2942,34
Brüssel	538,65	541,35	498,75	501,25
Christiana	1506,22	1513,78	1311,66	1318,34
Kopenhagen	1633,40	1642,60	1511,20	1518,80
Stockholm	2164,57	2173,43	2014,95	2023,05
Kom	399,00	401,00	366,58	368,42
London	36907,50	37092,58	33416,25	33583,75
New York	8229,87	8270,63	7630,87	7669,13
Paris	581,04	583,96	526,18	528,82
Zürich	1546,12	1553,88	1451,30	1458,64
Madrid	1266,22	1277,18	1172,06	1177,94
Wien	11,52	11,58	11,07	11,13
Prag	260,84	262,16	241,88	243,12
Warschau	47,00		45,00	246,12

Der nachbörliche Dollarkurs: 8175.

× Der deutsche Außenhandel im Oktober. Die deutsche Handelsbilanz weist für den Monat Oktober mengenmäßig eine Einfuhr von 55,5 und eine Ausfuhr von 15,4 Millionen Doppelzentnern nach. Wertmäßig stellte sich die Einfuhr auf annähernd 531,7 Millionen Goldmark, die Ausfuhr auf Grund der Deklarationen auf 289,9 Millionen Goldmark. Die Einfuhr weist gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 7,2 Millionen Doppelzentner, bzw. 109,9 Millionen Doppelzentner, bzw. 1 Million Goldmark zurückgegangen. Zugunommen hat vor allem die Einfuhr von Getreide (plus 3,3 Millionen Doppelzentner). Auch Eisenrohstoffe, Fabrikate und Halbfabrikate sind in erheblicher vermehrter Menge eingeführt worden. Die Einfuhr von Textilrohstoffen und -fabrikaten ist dagegen zum Teil weiter zurückgegangen. Die Passivität der Handelsbilanz hat sich also sehr vergrößert; von etwa 131 Millionen Goldmark im September auf über 240 Millionen Goldmark im Oktober. Für den Zeitraum Januar/Oktober kann man mit einer Passivität von ungefähr 1 1/2 Milliarden Goldmark rechnen.

× Altsen, 2. Dezember. Zum heutigen Schweinemarkt waren 7630 Stück aufgetrieben. Im Großhandel wurde bezahlt für Ferkel von 5—8 Wochen 6—9000 M., von 8—12 Wochen 9—12 000 M., von 12—15 Wochen 12—19 000 M., von mehr als 15 Wochen 19—30 000 M. Geschäft langsam.

× Dortmund, 2. Dezember. Zugeschrieben waren 1300 Pferde und 150 Wagen. Der Handel war in guten Tieren flott, sonst schleppend.

× Bülferding aus Hordorf, Alwin Warling aus Essen. — Rudolf Alster aus Rheidebrügge konnte wegen plötzlicher Erkrankung nicht mitgeweiht werden.

× Der neue Apostolische Bischof von Schweden. Der bisherige Apostolische Bischof von Schweden, Bischof Albert Witter, ist unter dem 15. November 1922 zum Erzbischof ernannt worden. Als Nachfolger des nunmehr zum Erzbischof ernannten Apostolischen Bischofs von Schweden, ist der Domkapitular Joh. Ev. Müller aus München berufen worden. Derselbe ist zum Bischof von Korea ernannt worden. Müller ist 43 Jahre alt.

Funkentelegraphische Verbreitung von Gesangsvorträgen.

Berlin, 2. Dezember. Heute fand im Reichspostministerium vor dem neuen Reichspostminister Stang die Durchführung eines aus funktentelephonischen Wege übermittelten Unterhaltungsbereichs statt. Es wurden hierbei verschiedene Arten Aufnahmeapparate und Vorrichtungen vorgeführt, deren vorzügliches Arbeiten bewies, daß die deutsche drahtlose Industrie nunmehr in der Lage ist, der Öffentlichkeit einen Unterhaltungsgrundriss, wie er zur Zeit auch in England eingeführt wird, zur Verfügung zu stellen. Wie allgemein bekannt, unternimmt das Reichspostministerium bereits seit einiger Zeit die Verbreitung von wichtigen Wirtschaftsnachrichten durch drahtlose Telephonie an Privattelephonier. Gelegentlich der Einführung dieses neuen Dienstes wies Staatssekretär Dr. Bredow Anfang September in einem Vortrag vor den Vertretern der deutschen Presse auf den Plan hin, baldigst auch Musik und Gesangsvorträge sowie Vorträge belehrenden und unterhaltenden Inhalts auf dem gleichen Wege zu verbreiten und dem großen Publikum zugänglich zu machen. Es sollen zur Aufnahme dieser Vorträge Lautsprecher in geeigneten Sälen aufgestellt, aber auch Privattelephonier die Möglichkeit zur Aufnahme in ihrer Wohnung geboten werden.

Da die Ausführung dieses Gedankens im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage und des damit verbundenen Risiko nicht seitens der Telegraphenverwaltung erfolgen kann, haben die drei deutschen Funkgesellschaften, Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken), die C. Lorenz-Aktiengesellschaft und die Dr. Erich Huth-Gesellschaft für Funkentelegraphie eine besondere Organisation, die Rundfunk, G. m. b. H., geschaffen. Diese soll in Gemeinschaft mit der Gesellschaft Deutsche Unterhaltungsprogramme zusammenstellen und funktentelephonisch verbreiten. Die Gesellschaft will ausschließlich zu diesem Zweck eine Anzahl von Funkstellen im Reich beschaffen und die erforderlichen Aufnahmeapparate an Telephonier abgeben. Eine Verbindung mit der Telegraphenverwaltung über Erstellung einer Betriebsvereinbarung und über die seitens der Gesellschaft an die Telegraphenverwaltung laufend zu leistenden Abgaben ist grundsätzlich erfolgt, jedoch der Betrieb bereits Anfang nächsten Jahres wird aufgenommen werden können.

Von Nah und Fern.

× Ausländer als Hausbesitzer in Berlin. In Berlin befinden sich jetzt bereits 600 Häuser in fremden Händen. Sehr interessant ist dabei die Tatsache, daß ein Sohn des jüdischen Reichspräsidenten Wälsch in Berlin bereits Häuser im Werte von über 200 Millionen Mark gekauft haben soll.

× Aus der Fremdenlegation entflohen. Mit dem Dampfer „Gutenfeld“ trafen in Hamburg drei deutsche Fremdenlegationsräte ein, die nach dreijähriger Dienstzeit von Ägypten nach Deutschland zurückgekehrt waren. Im Kanal sprangen die drei vor dem französischen Transporthampfer und wanderten nach Port Said, wo sie auf den Dampfer „Gutenfeld“ gelangten, der sie mit zur Heimat nahm.

× Otto Elster t. In Braunschweig ist der bekannte Romanist Otto Elster im Alter von 70 Jahren gestorben. Eine Fehersbrunn hat in der Erde (Kanada) die Post, das Kanals und 50 Wohnhäuser eingestürzt. Personen sind nicht ums Leben gekommen.

× Wohin die Not der Zeit führt. In Danzig wurde ein sechs Wochen altes Kind in einer Margarinefäße beerdigt; den Eltern fehlten die Mittel zur Beerdigung eines Kindes. Der Gemeinderat von Danzig hat jetzt die unent-

pend. Es wurden bezahlt: für beste Stuten 220—320 000 M. für beste Arbeitspferde 200—270 000 M., für mittlere Arbeitspferde 90—200 000 M., 1 1/2 jährige Pferde kosteten 90—200 000 M. Saugkälber wurden mit 40—100 000 M. bezahlt. Beste Tiere erzielten Preise weit über Notiz. Besucherzahlen wurden 4500 ausgegeben. Nächster Markt: Freitag, den 12. Januar 1923.

× 50jähriges Jubiläum der Dresdener Bank. Die Dresdener Bank, eine der größten deutschen Banken, konnte am 3. Dezember dieses Jahres auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

× Verdoppelung der Bierpreise. Die deutschen Brauereiverbände haben beschlossen, die Bierpreise mit Wirkung ab 4. Dezember um 100 Prozent zu erhöhen.

× Die oldenburgischen Roggenanweisungen. Der Ausgabekreis einer auf 150 Kilo lautenden, am 1. April 1927 rückzahlbaren oldenburgischen Roggenanweisung der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg ist, nachdem er vorübergehend auf 28 445 Mark herabgesetzt wurde, in Anlehnung an die neuerliche Befestigung der Devisenkurse und des Roggenpreises auf 32 195 Mark erhöht worden.

× Neue Benzolpreise. Der Benzol-Verband G. m. b. H. hat mit Wirkung vom 1. Dezember ab die Kleinverkaufspreise wie folgt festgelegt: Gereinigtes B. B. Motorenbenzol 757 M. gereinigtes Benzol-Benzol 2 690 M. Tetralin-Benzol 883 M. für 1 Kilo als Hauptverkaufsstelle.

× Neue Höchstpreise für Zement. Infolge eingetretener Rohlenpreiserhöhung sowie Materialvermehrung wird der Zementpreis ab 1. Dezember folgendermaßen erhöht: Im Gebiet des norddeutschen Zementverbandes um 120 000 auf 345 724 M. für 10 000 Kilo, im rheinisch-westfälischen Gebiet um 110 000 M. auf 328 724 M. für 10 000 Kilo, im süddeutschen Zementverbandesgebiet um 130 000 auf 259 724 M. für 10 000 Kilo. — Ebenso sind Rohlenpreise für Lieferungen ab 1. Dezember erhöht worden.

× Der teure Kaffee. Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wurde vom Verein der Kaffeehändler und Kaffeehändler, S. H. Hamburg, am Freitag offiziell mit 2600—6150 M. für ein halbes Kilogramm, je nach Qualität, notiert. Zoll zur Zeit für ein halbes Kilogramm 914 M. Demnach kostet eine Tasse (ein Pfund enthält 45 000 Bohnen) bei genauer Nachsägung 70 bis 80 Pfennige.

× Landwirtschaftliche Maschinen für Russland. Die Rheinmetall-Werke, hat mit der Sowjetregierung einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die Rheinmetall-Werke einen Maschinenauftrag auf landwirtschaftliche Maschinen von Russland erhalten hat.

gettliche Bestattung seiner Gemeindeglieder beim Ministerium des Inneren beantragt.

× Der feuergefährliche Meina. Aus Rom wird berichtet: Der Nordtrakt des Meina befindet sich in voller eruptiver Tätigkeit.

× Auch der Stromboli ist in voller eruptiver Tätigkeit. Nach einer Radio-Meldung aus Messina ist auf einen Ausbruch des Meina ein Ausbruch des Stromboli gefolgt. Fürchterliche Lavaströme ergießen sich über die Klüfte und zerstören vollkommen die Weinberge. Der Ausbruch ist von einem heftigen Erdbeben und riesenhaften Explosionen begleitet. Alle Fenster scheitern in den umliegenden Ortschaften wurden zertrümmert. In der Bevölkerung brach durch ein andauerndes, unterirdisches Rollen eine Panik aus.

Sport.

× Fußball-Ergebnisse in Westdeutschland.

× Westfalen: Arminia Bielefeld — Minden F. C. 7:2. — Gau F. C. Bielefeld — Osnabrück (Gesellschaftsspiel) 2:1. — Rheingau: Gruppe Süd: B. f. R. Köln rh. — Köln-Hülser Sp. B. 3:0. — T. R. Bonn — Viktoria Köln 4:0. — Kölner B. C. — Wülfrather Sp. B. 3:0. Gruppe West: Germania Dülken — Sp. B. Rheindt 1:0. — Dürener F. C. — Jugend Düren ausgefallen. — Eintracht M. Gladbach — Germania Aachen (Gesellschaftsspiel) 3:1.

× Ruhr: B. Buer — Preußen Essen 1:1. — Marl. B. B. B. — S. B. Dortmund 08 1:0. — B. f. B. Altsen — Germania Dortmund 3:2. — B. f. B. Dortmund — S. C. Gelsenkirchen 07 0:0. — Essener S. B. 99 — T. S. Bochum 48 1:2. — Union Gelsenkirchen — Dortmund S. C. 95 1:1. — Arminia Aachen — Sp. B. Langendreer 2:2. — Sp. B. Erle — Essener T. B. 1:2.

× Gau Niederrhein: Duisburger Sp. B. — Union Hamborn 4:0. — Preußen Duisburg — F. B. Duisburg 08 2:3. — Union Krefeld — T. Sp. B. Weiderich 08 1:4. — T. S. Duisburg 48 — B. f. v. B. Ruhrort 0:3. — B. f. v. B. Bottrop — B. f. v. Krefeld 3:3. — Hamborn 07 — Preußen Krefeld 3:2. — B. B. Styrum — S. B. Weiderich 06 0:2.

× Berg-Märk. Gau: B. B. Düsseldorf — Düsseldorf S. C. 99 2:2. — Barmen Fußballspiel Gaumannschaft A gegen Gaumannschaft B 1:2. — Overbiller T. F. C. — Fortuna Düsseldorf (Votalspiel) 0:3. —

× Gau Hannover: Eintracht Hannover — Eintracht Hannover 4:0. — Sportklub Hannover 5:3. — Sportverein Kassel — Arminia Kassel 0:0. — Herten Herten — S. B. Kassel ausgefallen. — Germania Fulda — F. B. Wehra ausgefallen. — T. S. B. Kassel 86 — Borussia Fulda ausgefallen.

× S. B. Gütlich — Nürnberg T. B. 0:1.

× Nürnberg, 3. Dezember. (Draht.) In dem heutigen Treffen zwischen diesen beiden Vereinen wiesen die Gegner ein gleichwertiges Spiel auf. Wer der Bessere war, konnte aus dem Spiel selbst nicht ersehen werden. Die Entscheidung ist nur durch einen Zufall herbeigeführt worden. Der Mittelfürer Gütlich wehrte einen Ball im Strafraum ab. Nürnberg sandte darauf den 11-Meter ungenutzt ein. Dieses Verhältnis änderte sich bis zum Schluss des Spieles nicht.

× Der Wirtverband für den Regierungsbezirk Münster ladet alle Mitglieder, sowie alle Kollegen des Münsterlandes zu einer am Mittwoch, den 6. Dezember 1922, nachm. 3 Uhr im Gasthaus zu Münster, Regidistrasse stattfindenden

× Aufklärungs-Versammlung ::

über die augenblicklich brennenden Tagesfragen im Wirtgewerbe ein.

Alle Wirte, die noch ein Interesse für ihr Gewerbe haben, werden hiermit zu dieser außerordentlich wichtigen Versammlung eingeladen.

Vormittags 11 Uhr findet bei Rüppel-Fechtrup, Münster eine Vorbesprechung mit den Vertretern der einzelnen Kreise statt.

Der Vorstand.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 4. Dezember 1922.

a. Kaplan Blase verfehlt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich gestern morgen die Kunde von der Verführung des hochw. Herrn Kaplan Georg Blase von St. Joseph. Herr Kaplan Blase ist seit dem 10. Januar 1910 hier tätig. In rastloser, nimmermüder Arbeit auf allen Gebieten der Seelsorge hat er sich in hohem Maße die Sympathien der Pfarrangehörigen erworben. Nun hat ihn der hochwürdigste Herr Bischof die ehrenvolle Ernennung zum Pfarrer von Roddinghausen-Süd, St. Marien, zugehen lassen, wo seinerzeit Pfarrer Schütte, der in Bocholt noch in bestem Andenken steht, gewirkt hat. Mit Bedauern steht die ganze Pfarrgemeinde ihm scheidend, sie steht ihm aber auch scheidend mit den besten Wünschen und Hoffnungen für eine leistungsfähige Tätigkeit im neuen Wirkungskreise.

r. Fährtenbrand. Am Samstag Abend bemerkte der Nachtwächter einer Fabrik an der Industriestraße bei seinem Diensttritt in einem Räume der Weberei, wo Abfälle lagerten, Feuer. Er gab sofort mit der Sirene Alarm, sodass die zahlreich in der Nähe wohnenden Arbeiter sofort herbeieilten und das Feuer schnell löschen konnten.

c. Beschlagnahme Tabak. Bei einer Jugendreißion in Wesel gestern früh wurden 2 Personen aus Bocholt betroffen, die etwa 64 Pfund Tabak bei sich führten. Da sich die beiden Leute über ihre Person und auch über die Herkunft des Tabaks nicht ausweisen konnten und der Verdacht des Diebstahls und Schmuggels besteht, sind die Leute festgenommen worden. Der Tabak ist beschlagnahmt.

d. Sonderbare Diebe. Eine eigentümliche Spezialität von Diebstählen besteht eine Diebesbande, die zur Zeit die Bauerschaften heimfucht, nämlich den Diebstahl von Mantelstöcken. Schon wieder konnte die Polizei einen solchen gestohlenen Topf beschlagnahmen, der einem Landwirt in Liebern gestohlen war. Wundern muß man sich, daß die Diebe noch immer ihre Beute abgeben können.

n. Schöffengerichtssitzung. In der letzten Schöffengerichtssitzung wurden 16 Sachen verhandelt, die Sitzung zog sich bis nach 8 Uhr nachmittags hinaus. Es wurden verurteilt: 2 hiesige Schüler wegen Diebstahls zu je 1 Verweise, ein hiesiger Mithändler, welcher das Diebesgut angekauft hatte, erhielt 2 Tage Gefängnis. — Ebenfalls wegen Diebstahls erhielten 2 hiesige jugendliche Arbeiter, welche sich zur Zeit in Fürstliche-Grünhagen befinden, 3 Wochen bzw. 3 Tage Gefängnis. — Ein Landwirt aus Hemden, der durch Gewalt und Drohung einen Zollbeam-

ten zur Unterlassung einer Amtshandlung genötigt hat, wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt; die Strafe wird ausgesetzt, wenn er innerhalb vier Wochen eine Geldbuße von 20000 M an die Gerichtskasse zahlt. — Wegen nicht ordnungsmäßiger Aufbewahrung des Viehkontrollbuchs erhielt er weitere 300 M Geldstrafe. Ein ebenfalls mitangeklagter Landwirt aus Sport nahm die gegen denselben Beamten vorgebrachte Beleidigung zurück und verpflichtete sich zur Zahlung von 5000 M als Buße. — Wegen verbotener Ausfuhr von Eiern wurden verurteilt: ein Landwirt aus Barlo zu 1 Woche Gefängnis und 8000 M Geldstrafe und ein Landwirt aus Bardingholt zu 1 Woche Gefängnis und 10000 M Geldstrafe, letzterer außerdem wegen verbotener Einfuhr zu 3 Tagen Gefängnis und 1800 M. — Wegen Diebstahls von Kuhbrühe erhielt ein hiesiger Hilfsarbeiter 2 Wochen Gefängnis, dieselbe Strafe erhielt wegen Hehlerei ein hiesiger Mithändler. — Ein Landwirt aus Sport erhielt wegen Beihilfe an der verbotswidrigen Ausfuhr von Eiern 6000 M Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis. — Ein hiesiger Fuhrmann, der mit unbeleuchtetem Fahrrad gefahren und sich den Polizeibeamten widersetzt hatte, erhielt 300 M Geldstrafe oder 3 Tage Haft und 1 Monat Gefängnis. — 1 jugendlicher Arbeiter aus Duisburg erhielt wegen Fahrraddiebstahls 3 Monate Gefängnis. — 1 Landwirt aus Sport erhielt wegen hinterzogener Brandweinmonopolabgabe 20000 M Geldstrafe; sein mitangeklagter Vater wurde freigesprochen, ferner wurden weitere 7 Personen freigesprochen. — 2 Sachen wurden vertagt. — Eine zum Schluß verhandelte Privatklage wegen Beleidigung wurde durch Vergleich erledigt.

a. Beschäftigung im Ausland und die Steuerbehörde. Das Finanzamt Borken schreibt uns: In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen Arbeitnehmer, die nach Holland zur Arbeit fahren, die Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen beantragen, ohne in der Lage zu sein, die erforderliche Sicherheit für Steuern, in erster Linie Einkommensteuer, zu hinterlegen. Die in Frage kommenden Steuerpflichtigen werden daher auf folgendes hingewiesen: 1. Arbeitnehmer, die zur erstmaligen Arbeitsaufnahme nach Holland fahren, und zu diesem Zweck erstmalig einen Pakt erhalten haben, erhalten die erforderliche Unbedenklichkeitserklärung vom Finanzamt erst dann, wenn sämtliche Steuerrückstände bezahlt sind, was durch Vorlage der Quittungen der zuständigen Gebietsstellen nachzuweisen ist. Dasselbe gilt für alle übrigen Personen, die, ohne ihren Wohnsitz im Inland aufzugeben, ins Ausland reisen, soweit nicht deren im Inland befindlichen Vermögen für den Eingang der rückständigen Steuern die nötige Sicherheit bietet. 2. Arbeitneh-

tern, die bereits im Ausland beschäftigt sind und eine Verkömmerung der Unbedenklichkeitsbescheinigung bzw. Neuausstellung benötigen, wird diese Bescheinigung nur nach Hinterlegung der vom Finanzamt geforderten Steuerleistungen erteilt. Um das Verfahren zu beschleunigen, empfiehlt es sich, gleich bei der Antragstellung glaubhafte Unterlagen über die Höhe des Verdienstes im Ausland z. B. Bescheinigungen des Arbeitgebers vorzulegen und sich mit den nötigen Gebührensicherheitsleistungen zu versehen. Sodann ist der Antrag auf Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung rechtzeitig d. h. mindestens eine Woche vor der Arbeitsaufnahme bzw. Ablauf der bisherigen Unbedenklichkeitsbescheinigung zu stellen, da gegebenenfalls vom Finanzamt Nachfragen zu stellen sind, vor deren Erledigung die Bescheinigung nicht ausgestellt wird.

r. Melsburg, 30. Nov. Die Grenzauflagen. Wie der Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindefunktionen der besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat die Regierung die Zahlung von Grenzauflagen nach Zonen abgelehnt. Dagegen wurden einzelnen, an den Auslandsgrößen gelegenen Orten besondere Steuerzuschüsse gewährt, und zwar kommen für Melsburg 7 Prozent in Betracht.

Praktisches Weihnachtsgeschenk!
MAGGI
Suppenartikel:
MAGGI Würste in Flaschen,
MAGGI Suppen in Würfeln,
MAGGI Fleischbrühwürfel.

Man achte genau auf den Namen **MAGGI**.

Das Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen Herrn
Josef Becker
findet am Mittwoch, den 6. Dezember, morgens 1/2 u. 8 Uhr in der St. Georgskirche statt.

Bekanntmachung.
Infolge der etwa 300prozentigen Erhöhung der Mehlerwerbspreise der Reichsgetreidepreise und der Steigerung der Betriebskosten im Bäckergewerbe, sowie der allgemeinen Unkosten ist eine Erhöhung der Kleinhandelspreise für das beschlagnahmte Mehl und Brot erforderlich.

Diese werden hierdurch auf Grund des § 35 Abs. 1a des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (R.G.B. S. 587 mit Wirkung vom 4. Dezember 1922 für den Bezirk der Stadt Bocholt nach Anhörung der Preisprüfstelle wie folgt festgelegt:

Roggenbrot	187 1/2 Gr.
Roggenmehl	30,- M
(ausschließlich Ditten, letztere können besonders berechnet werden)	31,- M
6 Pfund gewöhnliches Kriegsbrot nach Kaiserlicher Art im Geschäft des Herstellers, in sonstigen Geschäften oder frei Haus	210,- M
6 Pfund kosten das Doppelte.	
6 Pfund gewöhnliches Schwarzbrot im Geschäft des Herstellers, in sonstigen Geschäften oder frei Haus	200,- M
6 Pfund kosten das Doppelte.	
6 Pfund Schwarzbrot (Bumpebrot) im Geschäft des Herstellers, in sonstigen Geschäften oder frei Haus	205,- M
6 Pfund kosten das Doppelte.	
1 Pfund Schwarzbrot, geschnitten.	76,- M
1 Pfund Weizenbrot (6 unterstrichene Weizenmarke)	225,- M
1 Pfund Weizenbrot (4 unterstrichene Weizenmarke)	150,- M
1 Pfund Weizenbrot (2 unterstrichene Weizenmarke)	76,- M
1 Pfund Weizenbrot (1 unterstrichene Weizenmarke)	88,- M

Meine Bekanntmachung vom 27. Oktober ds. Jahres betr. Mehl- und Brotpreise tritt mit dem 4. Dezember 1922 außer Kraft.
Bocholt, den 2. Dezember 1922.
Der Oberbürgermeister.

Der Regierungspräsident.
Nr. 1190 17.

Bekanntmachung.
Münster, den 30. November 1922.
Das Elektrizitätsw. Westfalen u. G. in Bochum hat die endgültige Feststellung des Preises für die 10000 Voltstrecke Abzweig Rheidebrügge-Domer und 10000 Voltstrecke Abzweig Crommert bezüglich der innerhalb der Gemeindebezirke Bingen und Crommert gelegenen Grundstücke sowie die vorläufige Festbestimmung beantragt.
Gemäß § 19 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (Gesetzblatt S. 221) in Verbindung mit dem

XXII. Titel des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1888 (Gesetzblatt S. 287), sowie des Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. 7. 1922 (G. S. S. 211) werden die für die Anlage in Frage kommenden Grundstücke, sowie ein Verzeichnis der dauernd zu beschränkten Grundflächen während einer Woche und zwar vom 5. Dezember 1922 bis 11. Dezember 1922 einschließlich innerhalb der Dienststunden bei dem Gemeindevorsteher in Bingen zu jedermanns Einsicht offen liegen, während dieser Zeit kann jeder Beteteiligte im Umfang seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Auch der Vorstand des Gemeindebezirks hat das Recht, Einwendungen zu erheben, welche sich auf die Richtung des Unternehmens oder auf die Anlagen der in § 14 des Gesetzes gedachten Art beziehen. Einwendungen sind beim Gemeindevorsteher in Bingen bzw. Crommert schriftlich einzureichen oder mündlich zum Protokoll zu geben. Ueber den Plan und die vorgebrachten Einwendungen wird am Dienstag, den 12. Dezember 1922, soweit der Gemeindebezirk Crommert in Frage kommt, vormittags 11 Uhr, bezüglich der Gemeinde Bingen nachmittags 2 Uhr an Ort und Stelle verhandelt werden. Anschließend findet Termin über die Festbestimmung der einzelnen Flächen statt. In diesem Termin wird auch über die Höhe der Entschädigungen, welche durch die Festbestimmung entstehen, verhandelt werden.

Als Kommissar für die Führung der Verhandlungen habe ich den Regierungsrat von Hartmann bestimmt, den ich gleichzeitig für die in der Angelegenheit betreffenden Entscheidungen als meinen Vertreter hiermit ernenne. Zu dem Termin werden hierdurch die Beteiligten unter der Verwarnung geladen, daß bei ihrem Ausbleiben der Plan und die Festbestimmung, soweit solche in Frage kommen, ohne ihr Zutun festgestellt und wegen Ausführung und Hinterlegung der letzteren verfügt wird.

Es kommen in der Gemeinde Bingen die nachbezeichneten Grundstücke in Frage:

Lage:	Flur:	Parz.	Kultur:	Art:	Eigentumsbeschränkung od. Einziehung
Der 37	319/188a	Holz	6	Wald	Nr. 16
Großhof					
Famlinge	"	189	Wald	5	Nr. 17
Kamp					
Wald	"	190	Holz	6	Nr. 18
Wald					
Wald	"	195	Wald	5	Nr. 22
Wald					
Wald	"	305/96	Wiese	4	Nr. 21
Wald					
Wald	"	218	Wiese	7	Nr. 23
Wald					
Wald	"	219	Wald	5	Nr. 24
Wald					

In der Gemeinde Crommert kommt folgendes Grundstück in Frage:

Wald	"	218	Wiese	7	Nr. 23
Wald					

Dr. Fetting.

Die Päder und Weinhändler
der Stadt Bocholt haben am Montag, 4. Dezember ds. Jrs. vormittags von 8-12 Uhr oder nachmittags von 3-6 Uhr im Lebensmittelamt Zimmer 10 des Rathhauses sämtliche eingelieferten Brot- und Weizenmehle abzuliefern, sowie die noch in ihrem Besitze befindlichen Weizenmehle, Weizenkleie und sonstige Getreide, nach Art und Getreide, genau anzugeben.
Bocholt, den 2. Dezember 1922.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung: Amt Nieren-Verth.
Die Ausgabe der Zuteilungserfolge am 5. Dezember ds. Jrs. vormittags von 8-12 Uhr für die Gemeinden Bienenhorst und Mühlum auf dem Amtsbüro in Bocholt für die Gemeinden Herzebocht und Werth in der Wirtschaft West in Werth und zwar

Heilweise im eigenen Heim. No. 22464/27 Wz. Heilerfolge bei Krankheiten des Darms, Galle, Gehirns, Haut, Hals, Herz, Knochen, Lunge, Magen, Nerven, etc. etc.

Bruchleidende.
Doktor Möllers „Probata“ ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schonkelriemen hält den schwersten Bruch ohne lästigen Druck von unten nach oben zurück — Tag und Nacht tragbar. Sehr viele vollständige Heilungen. — Kostenloser Auskurt in Bocholt am Mittwoch, den 6. Dez. im Hotel Gerbauet von 10 bis 5 Uhr nachm.

Dankeschreiben: R. A. Ohndorf, 10. 8. 21. bösart. Magd. geh. höchst. Lob. Arzt, K. St. Münchweiler 27. 8. 22. Bruch. erstaunt. Erfolg. — Dr. R. H. Markredwitz 1. 4. 22. Lupus. guter Erfolg. — A. S. Dortmund 11. 4. 22. schw. Herzleiden. wunderb. Erf. — E. H. Hersbruck 10. 5. 22. Kropf. bedeutend zurückgegangen.

Gallensteineinleiden innerhalb 24 Stunden geheilt.

Doktor Möller & Cie., G. m. b. H., Mannheim.

Zwei Schöttlinge
80-90 Pfund schwer preiswert zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.

Klavier
zu kaufen gesucht. Offerten unter G. 100 an die Geschäftsstelle erbeten.

Puppenwagen
zu kaufen gesucht. Abholen in der Geschäftsstelle erbeten.

Schirm
vertauscht in Kleinfrauen. Gegen Belohnung abzugeben. Sternstr. 6.

Guterhaltene Bleichmaschine
(komplett), preiswert zu verkaufen. Näh. Geschäftsstelle.

Schöne rote Speise-Möhren,
auch einzelne Pfunde, abzugeben. Lager Schollen.

Damen-Wintermantel
abzugeben. Näh. Geschäftsstelle.

für Werth von 3 1/2-4 1/2 und für Herzebocht von 5-6 1/2 Uhr.
6. Dezember ds. Jrs. vormittags von 8-12 Uhr für die Gemeinden Bienenhorst und Mühlum auf dem Amtsbüro in Bocholt, für die Gemeinde Herzebocht nachmittags von 2-3 1/2 Uhr in der Wirtschaft Salem in Werth.
7. Dezember ds. Jrs. vormittags von 8-12 Uhr für die Gemeinden Bienenhorst und Mühlum auf dem Amtsbüro in Bocholt, für die Gemeinde Herzebocht nachmittags von 2-3 1/2 Uhr in der Wirtschaft Salem in Werth.
für die Gemeinde Suderwick nachmittags von 4-5 1/2 Uhr in der Wirtschaft Stolle in Suderwick.
Verleugungsbescheinigung haben die Brotbäcker mitzubringen.
Bocholt, den 2. Dezember 1922.
Der Amtmann: L. a. n. d.

Kath. Arbeiter-Verein St. Paulus.
Dienstagabend 8 1/2 Uhr auf dem Volksbühne.

Verleugte meine Wohnung nach Franzstr. 43
Helene Sanderfurth, Damenkleidererei.

Möbelschreiner
stellt sofort ein. Näh. Geschäftsstelle.

Zweimädchen
geucht. G. 2426.

Kost u. Logis
Näh. Geschäftsstelle.

la. Heberzieher
für Herren und Frauen geg. 8 Rtr. Kofler, ferner gegen 1 Rtr. Kofler zu verkaufen. 163077.

la. Unterhofen
Näh. Geschäftsstelle.

la. Unterhofen
Näh. Geschäftsstelle.

la. Unterhofen
Näh. Geschäftsstelle.

la. Unterhofen
Näh. Geschäftsstelle.

Rhed
Die
In Moskau
Konferenz
Vorbereitung
Winterjahr.
besseren Augen
kommen sehr
teng in Genuß
rücksichtplan
ernst genommen
verworfen. In
Abhängen abh
das Interesse
sind flug genug
mit ihm plat
haben aber au
trauen zu gro
irgendwie ver
An der U
feln, ist tro
macht — kürz
eingerichtet
einem Ueberfa
Groß-Rußlands
barer Zeit nich
heutigen Verh
zweifelhafte, den
nahme Vitauen
gegenüber Ruß
nis. Auch wil
gische Unterf
Auf der andere
teresse an einen
westlichen Nach
terung des Tra
mit Deutschland
Voraussetzung
Schäftsverf
Ueberdies steht
wirtschaftliche
durchaus anneh
sichem Interesse
richtig, daß, wer
selbst ist. Das
einerseits und e
andererseits get
land arbeitet un
liche Existenz vor
sicher Friedens
Anfang Okt
Warschau eine e
Tschitscherin per
seiner Unterred
find dabei auch d
den Wirtschaftsf
dienen Vorbereit
der militärischen
Ratland, Polen
stand ebenfalls d
sind dieser Sachv
im Sinne der Ab
gesprochen haben
wird, daß man a
unterschieden, in
feiertlich verneint.
in Kewal eine K
Lettlands, Estlan
dem Resultat der
Man hat über da
sehr vage Mittel
samen Fragen G
an der Abbrückun
ner sei der Beschl
lichen Randstaate
den. Das ist im
tungen der jetzt
bekannt ist.
Das augenbl
seinen westlichen
günstig. Zwischen
scharfer Notwend
tretung, d. h. der g
Bessarabien ist no
Polen und Rumän
Kennzeichen der b
genstände. Es ist
tan durch Polen v
der geschickten S
vortragen wird, d
lichkeit der russische
sich einer sehr sch
Interessent ist.
eieder mit dem Ge
Die Beschlässe der
biefes Jahres sind
man hat damals ei
noch bestehenden G
und Vor schläge zu